

2. Zwischenbericht des Ausschusses Klima-Umwelt-Landwirtschaft (KUL)

Hohe Synode,
liebe Schwestern und Brüder!

Gemäß unserem Auftrag von der Herbstsynode 2009 und mit Freude werden wir, Dr. Hans-Joachim Döring, Frau Siegrun Höhne und ich, Judith Königsdörfer, als Vorsitzende des Ausschusses Klima-Umwelt-Landwirtschaft (KUL), Ihnen heute den zweiten Zwischenbericht des Ausschusses Klima-Umwelt-Landwirtschaft geben.

Wir blicken auf erfolgreiche und produktive Monate zurück: seit seiner Gründung hat sich der Ausschuss acht Mal an verschiedenen Orten innerhalb der EKM getroffen. An dieser Stelle möchte ich mich auch noch einmal von Herzen bei den Ausschussmitgliedern bedanken, die auch während meines sechsmonatigen Aufenthaltes in Südafrika unermüdlich weiter getagt haben!

Was diskutiert und voran gebracht wurde, soll im Folgenden berichtet werden.

Zur Klarheit lassen sie mich zunächst die Mitglieder des Ausschusses namentlich nennen:
Gewählt wurden:

1.) als ordentliche Mitglieder

- Frau Silke Boß
- Herr Hans Mahlstedt
- Herr Mortimer von Rümker
- Herr Dr. Hans-Joachim Döring als Stellvertr. Vorsitzender, Umweltbeauftragter der EKM und
- Judith Königsdörfer (Vorsitzende)

2.) in beratender Funktion

- Probst Christoph Hackbeil
 - Frau Siegrun Höhne (Beauftragte der EKM für den kirchlichen Dienst auf dem Lande (KDL) und Umweltmanagement)
- sowie Herr Marco Dittwe (Referent des Baureferates des LKA)

Zur Erinnerung: Auf der Synodentagung im Frühjahr wurde beschlossen, eine Regen- und Grauwassernutzung im neuen LKA einzurichten. Dieses wird baulich umgesetzt. Ebenso wurde eine extensive Dachbegrünung beim Neubau genehmigt, welche ebenfalls umgesetzt wird.

Lassen sie mich noch einmal auf unseren Auftrag eingehen. Darin heißt es:

Der Ausschuss fördert die „Umsetzung von Projekten und Maßnahmen zum Klimaschutz und der lokalen und globalen Gerechtigkeit durch die Gemeinden und Einrichtungen der EKM“.

Mit den Unterpunkten:

- ökologisches Bauen am Neu- und Umbau des LKA in Erfurt
- Unterstützung des Umweltmanagements „Grüner Hahn“
- Ökofaire Beschaffung in der EKM
- Vergabe von Kirchen- und Pfarrland
- Vorbereitung eines Synodalbeschlusses zu Klimaschutzzielen der EKM und

- Überprüfung ggf. Aktualisierung von umweltrelevanten Beschlüssen in der EKM

Zu den Themen Klimaschutz innerhalb der EKM und ökologisches Bauen wird Hans-Joachim Döring berichten; Siegrun Höhne zu Grundeigentum, Landvergabe und Energie- und Umweltmanagement.

1. Theologische Grundierung

Im Themenfeld Klima und Umwelt begegnen sich zwei große Traditionslinien unseres christlichen Glaubens. Dies sind die Fragen nach der Gerechtigkeit bzw. Partizipation der starken und schwachen Menschen an den Früchten der Schöpfung und die theologische Sicht auf Gottes Schöpfung bzw. dem damit korrespondierenden Menschenbild. Die „Land- bzw. Verpachtungsfrage“ gehört mittel- und unmittelbar in diesen Zusammenhang. Ihr Platz zwischen Umwelt und Klima ist nicht trickreich, sondern substantiell. Freilich bedarf die Landfrage besonderer Aufmerksamkeit und Fürsorge.

Aus der Spannung der beiden Schöpfungsberichte Gen. 1 und 2 ergibt sich für den Auftrag des Menschen das Bewahren der ihm anvertrauten Erde in der Haltung (Gen. 1) wie im Handeln (Gen. 2). Dies geschieht in Anerkennung und tiefem Respekt gegenüber Gott als Geber der Grundlagen und Quelle des Lebens. Grundlagen, die wir als Menschen selbst nicht schaffen noch garantieren können.

Aus einem – historisch nachvollziehbaren – aber falsch verstandenen „Macht euch die Erde untertan“ haben die christlichen Kirchen über mehrere Jahrhunderte nicht kritisch genug auf die ökologischen Schäden des industriellen Wachstums gesehen und diese oftmals legitimiert. Gerade das „untertan machen“ bedeutet in der Bibel nicht Ausbeutung der Erde, sondern einen Umgang in Weisheit mit der Schöpfung. Wie ein weiser König oder Lehnsmann soll der Mensch die Verbundenheit aller Schöpfungswerke verstehen und bei seinen Eingriffen beachten, dass er die Ordnung nicht stört, sondern bewahrt. Das heißt, dass diese Ordnung in ihrer Tragfähigkeit erhalten und gefördert wird. Aus Gen. 1 spricht also die Haltung der Weisheit. Gott schuf nicht nur, er übergab auch das Geschaffenen dem Menschen (1.29f) und kommentiert dies. „und siehe, es war gut“. Damit kommt diese Übergabe einer Kooperationsvereinbarung mit Rechenschaftspflicht oder einer Segensverheißung mit einem eingeschränkten Bewirtschaftungs- und Herrschaftsmandat gleich. Gott hat dem Menschen im Garten Eden sinnvolle Arbeit als Kooperationspartner übergeben.

Der zweite gewichtige Aspekt der Genesis ist der Sabbatgedanke. Der Ruhetag, die Unterbrechung als grundreligiöses Phänomen. Sabbat ist auch zu verstehen als Unterbrechung der letztmöglichen Effektivität oder des maximalen Profites. Also Unterbrechung, damit Platz wird, zum Beispiel für die verehrende Feier des Gegebenen und des zu Bewahrenden. Dieser Gedanke wird uns bei der fein auszubalancierenden Balance zwischen Ökonomie und Ökologie immer wieder begegnen.

Die biblische, also historische Segensaussage entstand in einer Zeit, in der der Mensch als Einzelner wie als Gemeinschaft durch wilde Tiere und unwirtliche Natur beständig Gefährdungen und Bedrohungen ausgesetzt war.

Seit der Industrialisierung und der massiven Nutzung fossiler Rohstoffe hat sich diese Bedrohungslage mehr und mehr ins Gegenteil verkehrt. Wir sind aus der Weite des un bebauten Landes in die Begrenztheit vielfacher Übernutzung der Erde und ihrer Ökosysteme getreten. Durch die vielfältigen Eingriffsmöglichkeiten des Menschen ist die einst den Menschen bedrohende Natur nun zur von der Menschheit bedrohten Natur geworden. Dies ist ein stark verändertes Szenarium. In diesem letztlich neuen Rahmen müssen wir immer wieder lernen, von unserem segnenden Gott zu reden und unser Vorsorgevertrauen – wie das Wissen und

sein Fehlen - ins religiöse wie gesellschaftliche Gespräch übersetzen und ins praktische Tun übertragen.

Eine Auswirkung unserer wachstumsgestützten Industrialisierung als Folge der CO₂-Emissionen sind die schnellen und gravierenden Klimaveränderungen mit irreversiblen Schäden. Treten die prognostizierten Veränderungen ein, werden einer Vielzahl der Menschen im Süden Entwicklungschancen genommen, die im Fortschrittsversprechen – das indirekt auch mit einem Segensversprechen korrespondiert – enthalten sind. Zahlen sind manchmal sehr grob, können aber klarsichtig machen. Die durchschnittlich von einem Mitteldeutschen oder einer Mitteldeutschen verursachte CO₂-Emmission von 10.000 kg steht in heftiger Spannung zu den 2000 kg eines durchschnittlichen, nicht sonderlich armen Menschen eines Entwicklungslandes. Positiv gesprochen: Unsere Einsparungen schaffen in anderen Teilen der Welt Entwicklungs- und Lebenschancen. Negativ gesprochen: Unser Lebensstil vermindert, pointierter: beraubt entfernten Brüdern und Schwestern Entwicklungsschritte.

Ungewollt, aber wissentlich werden wir zu Entwicklungsverzögerern, gar Wachstumsverhinderern in anderen Regionen und Staaten. Ethisch ist darauf hinzuweisen, dass es keinen Grund gibt, warum irgendein Erdenbürger ein größeres Recht auf Nutzung der Atmosphäre - als einem globalen Gemeinschaftsgut - beanspruchen könnte als irgendein anderer. Damit sind wir nicht nur in der Sozialethik, sondern mitten in der Ökumene. Wir sind gehalten, unsere Lebenspraxis im ökumenischen und weltweiten Horizont zu betrachten. Auch wenn es dadurch nicht leichter wird.

Unsere EKM- Verfassung bringt diesen Bezug von Umwelt und globaler Gerechtigkeit gut auf den Punkt, wenn sie in § 2, Abs, 6 festhält: „Sie (die EKM) setzt sich im Vertrauen auf Gottes Verheißung ein für die Bewahrung der Schöpfung und die Gestaltung des Lebens in der einen Welt in Gerechtigkeit und Frieden“.

Nach einer weitgehenden „Schöpfungspause“ in den letzten Jahren in weiten Gebieten der EKM war es eine richtungweisende Entscheidung der ersten gemeinsamen Landessynode, mit der Einsetzung des Ausschusses KUL die Themen Klima, Umwelt und Landwirtschaft wieder ganz nach oben zu setzen.

In den gegenwärtigen ethischen und theologischen Diskurs wurde der Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit als zentraler Gedanke eingetragen. Wir können ihn verstehen unter der Bundesverheißung Gottes an Noah: „So lange die Erde steht, soll nicht aufhören ...“ Schöpfung ist ein auf Dauer angelegter und durch Gottes Güte bewahrter lebendiger Prozess, dem unsere Praxis folgen muss.

Die Handlungsmöglichkeiten für die kirchlichen Körperschaften haben sich in den letzten Jahren erheblich erweitert. Ein wesentlicher Gesichtspunkt wird darauf zu richten sein, in der Bildungsarbeit auf eine Sensibilisierung und Veränderung der Lebenspraxis hinzuwirken. Ebenso müssen alle kirchlichen Körperschaften im Umgang mit den ihnen anvertrauten Ressourcen zu einer nachhaltigen Praxis kommen.

Einen Schwerpunkt sehen wir im Umgang mit dem kirchlichen Land. Als einer der größten Landbesitzer unterliegt die EKM einer hohen Verpflichtung zum nachhaltigen Umgang besonders mit den landwirtschaftlich genutzten Flächen und dem Wald. Hier ist die ökologische und ökonomische Seite zusammen mit der biblischen Sicht auf die Schöpfung zu betrachten. Der Ausschuss möchte zur Erkenntnis beitragen, dass die EKM mit den ihr anvertrauten Flächen eine besondere Verantwortung übertragen bekommen hat. Ihr Umgang mit dem Boden muss die Achtung vor den die Erde bebauenden Landwirten ausdrücken, auf die Erhaltung einer guten Bodenqualität achten und mögliche Beteiligung an Spekulationen letztlich mit dem Hunger in der Welt ausschließen.

2. Der gesellschaftliche und politische Rahmen

Klimaschutz ist nicht nur ein derzeitiger Themenschwerpunkt in der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der EKM. Er ist auch in Politik und Gesellschaft obenauf. Eine in den inneren Mechanismen schwer verständliche Weltkonferenz jagt die nächste.

Mit scheinbar ritueller Sicherheit gebären diese Weltgipfel, die sich immer nicht einigen können, pünktlich zum Kongress-Ende wenigstens ein Übereinkommen: Das Datum der nächsten Weltkonferenz.

Diese Verzerrung des politischen Mandates darf seine demobilisierenden Kräfte nicht entfalten. Auch wenn eine große Mehrheit der Bevölkerung - mit der in ihr untergemischte Christenheit - dies als Argument nimmt, ihre eigenen Einsparpotentiale nicht auszuschöpfen. Wir Kirchen sind nicht nur Flächen- und Gebäudebetrieb, wir sind auch als Mitgliederorganisation. Somit bestimmen uns offene wie verdeckte Mehrheiten, von denen wir ein Teil sind. Entsprechend träge reagieren wir oft.

Fakt ist, dass der Gebäudesektor in Deutschland mit mehr als 40 % Anteil am Gesamtenergieverbrauch beteiligt ist. Und Gebäude bewirtschaften wir als Kirche wie als einzelne Christen.

Die verschiedenen Bundesregierungen haben durch Gesetze verbindliche Rahmen geschaffen, so das integrierte Energie- und Klima-Programm (IEKP) und Energieeinsparverordnung (EnEV). Diese sollten für uns Kirchen als Körperschaft öffentlichen Rechts – bei aller Besonderheit unseres Gebäudebestandes – und für uns private Christen - Basislinie und Maßstab sein. Kurz: wir sind beim Klimaschutz nicht mehr im Reich der Optionen, sondern stehen in der Pflicht. Moralisch und gesetzlich.

3. Klimaschutz in anderen Landeskirchen

Im Vergleich mit anderen Landeskirchen sind wir mittendrin und hinterher.

Mittendrin, weil die EKM mit der neu aufgestellten Umweltarbeit, der Klimawandel-Lebenswandel-Kampagne und dem synodalen Klima- Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss drei lebendige und wahrgenommene Instrumente in kurze Zeit geschaffen hat. Freilich sind alle drei Instrumente zurzeit noch im Verlautbarungs- oder Prognosemodus. Ihre Feuertaufe haben sie noch nicht bestanden. Auch diese Synode hat sich noch nicht zum Schlussgebet erhoben. Doch wären wir schon jetzt ärmer und gestaltloser, wenn wir diese drei Instrumente nicht zur Verfügung hätten.

Hinterher sind wir, wo es um die Bereitstellung von Mitteln und Ressourcen geht. Der Ausschuss hat sich im Überblick einige Landeskirchen angeschaut. Einige Zahlen: Unsere Partnerkirche im evangelischen Württemberg hat letzten Herbst für zusätzliche bzw. vorgezogenen, klimagerechte Gebäude- und Pfarrhaussanierung 15 Mio. € bereitgestellt und weitere 2 Mio. € für energetisches Bauen an weiteren kirchlichen Gebäuden. Zuvor wurden in zwei Dekanaten schwerpunktmäßig Erfahrungen gesammelt.

Die LK in Hannover setzt seit 2006 zweimal über 5 Mio. € ein. In Bayern wurde diese Zusatzsumme bereits verbaut. Vor 14 Tagen, auf der Herbstsynode der EK in Berlin, Brandenburg und der Oberen Lausitz hat Bischof Dröge in seinem Bericht 2 Mio. € für CO₂-minderndes Bauen in Aussicht gestellt.

In fast allen westlichen Kirchen sind spezielle, zumeist im Baubereich angesiedelte, „Klimamanager“ installiert worden. Sie unterstützen die Erreichung der Einsparziele und schaffen Voraussetzungen, damit zum Teil nicht unerhebliche staatliche Förderungen eingeworben werden konnten.

Deutlich wurde dem Ausschuss auch, dass die EKM trotz des „grünen Aufschwungs“ für den Umwelt- und Klima-Bereich nur sehr wenige personelle Ressourcen einsetzt.

Die vom Ausschuss im Folgenden vorgetragenen Vorschläge orientieren sich in einigen qualitativen Punkten an den Erfahrungen dieser EKD-Kirchen, berücksichtigen aber selbstverständlich unsere finanziellen und strukturellen Gegebenheiten. Wir wollten nicht originell sein und sind bei den Vorschlägen maßvoll vorgegangen.

4. Auf dem Weg zu einer relevanten Klimaschutzpraxis in der EKM

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, dass der Antrag der Jugenddelegierten aus der Mitte der gesellschaftlichen Anliegen wie unseres kirchlichen Mandates kam.

Bevor ich zu einigen Einzelpunkten komme, möchte ich Sie kurz über die Vorgehensweise des Ausschusses bei der beabsichtigten CO₂-Minderung informieren.

Wir schlagen der Hohen Synode keine zählbaren CO₂-Minderungswerte in Tonnen oder Prozenten für die EKM vor, wie dies die EKD-Synode in November 2008 empfahl. Es wurde den Landeskirchen dringend geraten, bis 2015 auf Basis der Werte des Jahres 2005 25 % CO₂-Einsparung vorzunehmen. Wir in der EKM haben nicht die personellen und technischen Voraussetzungen, für uns belastbare Zahlen seriös zu errechnen. Zudem besteht Skepsis gegenüber derartigen Errechnungsmethoden im kirchlichen Bereich.

Der Ausschuss suchte und sucht, jetzt unterstützt durch Sie als Legislative und Exekutive, für unsere personell und finanziell „schlanke“ Kirche einen pragmatischen Ansatz. Wir folgen der Willensbildung der EKD-Synode trotzdem, weil wir einen qualitativ anspruchsvollen Klimaschutz in unserer Kirche für ethisch geboten, politisch notwendig und finanziell interessant erachten und fördern wollen.

4.1 Bau

Dem Baugeschehen kommt auf den verschiedenen Ebenen unserer Kirche beim Klimaschutz eine besondere Rolle zu.

Auf Grund unseres pragmatischen Ansatzes wollen wir die vorhandenen Instrumente der Baupflege stärken und so auszustatten, dass die Baupflege ihre gute bisherige Praxis klimaschonenden Bauens verstetigen und verbessern kann, um so zu Promotoren einer CO₂-Verminderungsstrategie unserer Landeskirche werden zu können. Unser Stichwort ist, einen Beitrag zur Optimierung der „Sowieso-Praxis“ der EKM zu leisten. „Sowieso“ meint weniger Extras als vielmehr eine Verflechtung von Baunotwendigem mit Klimarelevantem.

Der Ausschuss möchte gemäß seinem Auftrag zu spürbarem Klimaschutz aktivieren, Anreize geben und strukturelle Erfordernisse verankern. Wir sind überzeugt, dass allein im nicht investiven Bereich 10 bis 15 % CO₂-Minderungspotentiale verborgen sind (Stichwort Umweltmanagement). Durch gezielte Berücksichtigung und speziell geförderte ökologische Kriterien können durch das Baugeschehen weitere erhebliche Minderungspotentiale erschlossen werden.

Die zu erarbeitende CO₂-Minderungsstrategie kann sich dabei auch auf die in Thüringen entwickelten und seit dem 1. Januar 2010 für die gesamte EKM geltenden „Ökologischen Grundsätze bei baulichen Maßnahmen im Bereich der EKM“ stützen, die als „verbindlicher Rahmen im Bereich des kirchlichen Bauens“ verstanden werden. In ihnen heißt es unter anderem: „Jede technische Entwicklung... muss den Kriterien im verantwortlichen Umgang mit der Umwelt folgen.“ (vgl. auch das neue Baugesetz der EKM. § 3 „Grundsätze kirchlichen Bauens“. Dabei soll auch sichergestellt werden, dass kirchliches Bauen und von ihm beauftragte Unternehmen und Gewerke wissen und spüren, dass diese Grundsätze Ausschreibungs-, Vertrags- und auch Regressrelevant sind und kontrolliert werden.

Energetisches oder klimagerechtes Bauen in der Kirche unterliegt besonderen Anforderungen. Als großer Flächenbetrieb mit erheblicher und zersplitterter Baulast, die zudem auch nach zu 90 % denkmalpflegerischen Anforderungen genügen soll, können staatliche Vorgaben, die für den Neubaubereich ausgelegt sind, nicht direkt umgesetzt werden. Dem Ausschuss ist bewusst, was die Baupfleger und die Ortsgemeinden unserer LK leisten. Allein die Tatsache, dass die 4.031 Kirchen und Sakralbauten 20 % der Kirchen in der gesamten EKD ausmachen, die EKM aber nur knapp 4 % der Kirchenmitglieder der EKD zählt, spricht von den wahren Gewichten der Baulast. Umso erfreulicher ist der historisch herausragende Bauzustand bei den Sakralbauten. Und dafür soll allen Beteiligten von Herzen gedankt werden.

Aber Kirchen sind nicht alleiniger Gegenstand der Baupflege. Sie sind beim energetischen Bauen zudem oft nicht bedeutend. Von größerem Gewicht sind Pfarrhäuser und Einrichtungen. Leider gibt es z. Z. noch keine ausreichend belastbare Liste der kirchlichen Gebäude in der EKM über die Kirchen hinaus. Einige Zahlen können als Orientierung aber genannt werden. So kann auf Basis der Daten aus 2004 auf dem Gebiet der ehem. EKKPS für 2010 von ca. 850 Pfarrhäusern, 39 Verwaltungsgebäuden, 31 Schulen und 51 Kindergärten ausgegangen werden. Hingewiesen werden soll hier auch auf die zentrale und dezentrale Diakonie. Sie sollte substantiell in die CO₂-Minderungsstrategie der EKM mit eingebunden werden.

Allein bei diesem Bestand können und müssen etliche energetischen Potentiale gehoben werden. Wenn auch durch politische Legislaturen schwankend, können staatliche Verstärkungsmittel für das CO₂-mindernde Bauen akquiriert werden. Diese Anträge bedürfen eines fachlich hohen Aufwandes. Diese Zusatzleistungen für Zusatzeinnahmen müssen immer stärker in unsere Pflichtaufgaben des kirchlichen Baugeschehens integriert werden. Wir müssen, neben den einzelnen Baumaßnahmen und Projekten, hin zu kleinen und mittleren Programmen der baugebundenen CO₂-Klimaminderung, auch mal mit 20 oder gar 50 Objekten kommen. Dabei muss die mittelfristige Gebäudeplanung berücksichtigt und substantiell die mittlere Ebene mit eingebunden werden. Bei Wahrung der uns wichtigen kirchenkreislichen Eigenverantwortung beim Bau werden für spürbare Effekte zentral angebotene Service- und Unterstützungsleistungen notwendig sein.

Im Lichte der kommenden Fach- und Verwaltungsberatungen ist der Ausschuss bemüht, aus den hier vorgestellten Einzelbestandteilen ein geschlossenes und mittelfristig wirksames Konzept der nächsten Synode zur Abstimmung vorlegen zu können.

Darum wird dem Hohen Hause für den Bereich Bauen zur Prüfung vorgeschlagen:

- 4.1.1 Die Einrichtung einer dreijährigen Projektstelle im Baureferat zur Förderung CO₂-mindernden Bauens und zur Einwerbung von Fördermitteln sowie zur Aufbereitung der klimarelevanten Baudaten durch die Abfrage über das Pfarrstellenübergabeverfahren und in je einem Musterkirchenkreis im Bereich Nord und Süd der EKM.
- 4.1.2 Erstellen eines Kriterienkataloges zur vorrangigen Förderung von Bauvorhaben aus den Baulastenfonds der KK oder vergleichbare Förderinstrumente, verbunden mit dem Ziel einer gesondert ausgewiesenen Quote für klimarelevantes und ökologisches Bauen. Vorschlag für die Höhe der Quote: 25 %.

- 4.1.3 Bereitstellung von vier Summen a 250.000 € p. a., beginnend ab HHJ 2012, insgesamt 1 Mio. € für herausragende CO₂-mindernde und ökologische Bauvorhaben in der EKM, sowie Erarbeitung der notwendigen Vergaberichtlinien sowie des Vergabegremiums. Vorzugsweise sollte kein neues Gremium errichtet werden. Geprüft werden sollte, ob der Finanzausgleichsausschuss - zuzüglich umweltfachlicher Beratung - ein geeignetes Vergabeorgan wäre.

Die Bitte um Prüfung der Bereitstellung einer Million € oder 250.000 € pro Jahr bedarf zusätzlicher Argumente: Neben dem bereits Gesagten ist hinzuweisen, dass kirchliches Bauen fast immer im Grenzbereich Denkmalschutz - Klimaverantwortung stattfindet. Damit sind Regellösungen schwerer möglich. Einzelfälle sind teurer. Schnell ist gesagt: „Geht nicht“. Gesetz oder „Gebot“ greifen nicht. Wir sollten aber Gott und der Schöpfung zuliebe verstärkt ideenreich und pfiffig bauen. 250.000 € pro Jahr sind alleine bei ca. 7.5 Mio. € Bauzuschüsse unserer Landeskirche p. a. auch nicht maßlos. Zudem bin ich überzeugt, wenn wir eine gute Kopplung des politischen Zieles Klimaschutz mit unserem historischen Gebäudebestand hinkommen, dass wir dann auch zusätzlich gute Argumente im gerade (mal wieder) heftig entbrannten Streit über den Sinn und die Höhe der staatlichen Zahlungen an die Kirchen bekommen.

4.2 Umweltbildung, Weiterbildung und Beschaffung

Der Ausschuss hat sich - wenn auch noch nicht abgeschlossen – mit der Optimierung der Umweltbildung, Weiterbildung und Beschaffung von Verbrauchsgütern und Medien in unserer Kirche unter dem Gesichtspunkt der CO₂-Minderung befasst.

Einmütig wurde festgestellt, dass für Gemeindeglieder, aber auch für Mitarbeitende, wie Sekretärinnen oder Hausmeister – ggf. auch durch die Wirkung der Klimakampagne – Umweltbildung, Weiterbildung und Beschaffung wieder gewichtiger wird.

Zur Abdeckung dieses und weiterer vorübergehend neuer Aufgaben soll eine Drittmittel- (eed - Evangelischer Entwicklungsdienst Bonn) finanzierte Projektstelle eingerichtet werden, die durch bereits gebildete Rücklagen in Bereich Entwicklung und Umwelt der EKM gegenfinanziert werden könnte.

4.3 Verantwortung für das Grundeigentum/Praxis der Landverpachtung

Die EKM hat umfangreichen Grundbesitz und ist die einzige Landeskirche in der EKD mit einem zentralisierten Pachtvergabeverfahren für landwirtschaftliche Flächen. Der Beitrag der Einnahmen aus der Landverpachtung am Haushalt der EKM beträgt ca. 12%, das entspricht etwa 20 Mio. € pro Jahr.

Der kircheneigene Wald in der EKM wird nachhaltig bewirtschaftet! Zu diesem Ergebnis kam die Forsteinrichtung, die eine Inventur und Planung für alle Kirchenwaldflächen darstellt. Das heißt, trotz Sturmschäden wie bei "Kyrill" wächst mehr Holz nach, als geerntet wird. Ökologische Ziele wie der Aufbau stabiler Mischwälder, grundsätzlicher Verzicht auf Pflanzennährstoffe und Kahlschläge, Zertifizierung und Waldnaturschutz werden ebenso verfolgt wie die ökonomische Optimierung der Waldbewirtschaftung. Allein auf den 2000 Hektar Thüringer Pfarreiwald wurde im Jahr 2010 bisher für 600.000 € Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft verkauft.

Von 1998 bis 2000 erarbeitete eine Arbeitsgruppe der KPS Grundpositionen zur Landwirtschaft, die in der „Rundverfügung 23/99“ veröffentlicht wurden. Diese Grundpositionen definieren einen hohen Anspruch an die Vergabepaxis, der im gültigen Musterpachtvertrag der EKM umgesetzt wurde und von der politischen wie kirchlichen Öffentlichkeit anerkannt wird.

Der Ausschuss begrüßt, dass seither auch ökologische Kriterien, wie die Förderung der Agrobiodiversität, berücksichtigt werden.

Trotzdem gibt es wiederkehrende Vorwürfe an die kirchliche Vergabep Praxis, insbesondere den Vorwurf der Preistreiberei und der ungenügenden Berücksichtigung sozialer und ökologischer Belange in der Praxis der Verpachtung von kirchlichem Land. Da wir als Kirche in der Öffentlichkeit zunehmend auch als Landverpächter wahrgenommen werden, ist die Übereinstimmung der eigenen, in den Grundpositionen beschriebenen Ansprüche mit der Vergabep Praxis von großer Bedeutung.

Der Ausschuss sieht die Verantwortung der Kirche für ihren Grundbesitz im Spannungsfeld von Vermögensverwaltung und ethischem wie politischem Anspruch noch nicht ausreichend beleuchtet. Dem Auftrag, mit Hilfe des kircheneigenen Grundvermögens einen möglichst optimalen Beitrag zur Finanzierung der kirchlichen Arbeit zu erwirtschaften, steht der Auftrag, ebendieses Grundvermögen nachhaltig zu bewirtschaften und dessen ökologischen wie ökonomischen Wert für kommende Generationen zu erhalten und zu mehren, gegenüber.

Der Ausschuss erkannte, dass die Vernetzung von Grundstücksverwaltung/Verpachtung und dem Kirchlichen Dienst auf dem Lande notwendig ist und der Optimierung bedarf. Zur kommenden Frühjahrssynode wird der Ausschuss der Synode einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Zur Förderung des Friedens in den Dörfern, zur Bewahrung und Verbesserung der Bodenqualität und zur Verminderung des Arbeitsumfanges in den Kreiskirchenämtern empfiehlt der Ausschuss, die Pachtzeitdauer auf die allgemein üblichen 12 Jahre zu erhöhen und die Verträge mit einer Preisgleitklausel zur Anpassung an die wirtschaftlichen Verhältnisse zu versehen. Alternativ ist eine automatische Vertragsverlängerung nach 6 Jahren mit Prüfung der Vertragseinhaltung und Preisanpassung denkbar.

Darüber hinaus sollte die Möglichkeit eröffnet werden, im Vergabeverfahren dem Altpächter ein Eintrittsrecht in das Meistgebot zu gewähren.

Der Ausschuss ist in seiner Prüfung zu dem Schluss gelangt, dass die sozialen und ökologischen Kriterien, die in den Grundsätzen zur Landverpachtung definiert wurden, in der Vergabep Praxis nicht hinreichend zur Wirkung kommen. Zur Erhöhung der Gewichtung dieser „weichen“ Kriterien schlägt der Ausschuss vor, im Verfahren zu beurteilen, ob der Mindestpreis geboten wird (ja/ nein) und entsprechend nur noch mit einem Punkt zu bewerten.

Der Ausschuss hat mit Sorge festgestellt, dass die Beschaffenheit des Bodens (Bodengüte) zu Beginn einer Verpachtung nicht dokumentiert und zum Ende einer Verpachtung nicht kontrolliert wird. Damit ist nicht feststellbar, ob das Land nach der Verpachtung noch von mindestens der gleichen Beschaffenheit ist, wie zum Zeitpunkt des Pachtbeginns. Dies sollte, z. B. durch den Nachweis der Ergebnisse von jeweils aktuellen Bodenbeprobungen, eingeführt werden.

Der Ausschuss begrüßt die regelmäßigen Fortbildungen der verantwortlichen Mitarbeiter der Kreiskirchenämter zu Fragen der Vergabep Praxis im Interesse eines einheitlichen, transparenten Auftretens der EKM im Umgang mit ihrem Grundbesitz.

4.4 Kirchliches Energie- und Umweltmanagement in Gemeinden und Einrichtungen

Umfangreiche Erfahrungen aus den Landeskirchen zeigen, dass die Einführung des kirchlichen Umweltmanagements „Grüner Hahn“ zur Verringerung des Heizenergie- und Stromverbrauches von durchschnittlich 10 bis 15% führt – ohne Investitionen! Darüber hinaus wird eine umfassende Gebäude- und Nutzungsdokumentation erstellt und gepflegt, die für künftige Planungen eine wertvolle Datengrundlage darstellt. Umweltmanagement führt zu einer kontinuierlichen Verbesserung des Umweltbewusstseins in den Gemeinden und zu einer Öffentlichkeitswirkung sowie einem bewussten Umgang mit den Gaben der Schöpfung.

Derzeit sind im Gebiet der EKM nur 12 Einrichtungen und Gemeinden nach dem „Grünen Hahn“ zertifiziert bzw. in den Prozess eingestiegen.

Der Ausschuss empfiehlt die breite Einführung des Kirchlichen Umweltmanagements in den Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen der EKM und in den Gemeinden. Im neuen Landeskirchenamt soll das Umweltmanagement bereits bei der Vertragsgestaltung (Strombezug ect.) involviert werden.

Hierfür muss die Koordination auf landeskirchlicher Ebene durch eine 50% Personalstelle und eine jährliche Ausbildung qualifizierter Umweltauditoren sichergestellt werden. Die Aufgaben umfassen Information und Motivation, Begleitung und Zertifizierung von Gemeinden und Einrichtungen, Sicherstellung der Einhaltung des europäischen Standards EMAS bei einer Weiterentwicklung des kirchlichen Umweltmanagements für die spezifischen Erfordernisse in der EKM und den Aufbau einer funktionierenden Beraterstruktur für das Energie- und Umweltmanagement.

Für kleinere Gemeinden ist die Einführung des „Grünen Hahns“ aus personellen Gründen oft kaum möglich. Um auch hier die Umweltauswirkungen zu verbessern, Energieverbräuche zu verringern und Kosten hierfür zu minimieren, empfiehlt der Ausschuss die Einführung eines angepassten Energiemanagements auf der Grundlage der Erfassung durch das Umweltmanagementsystem. Eine Ergänzung durch externe Energieberatung ist nur dann sinnvoll und kostenverträglich, wenn Investitionen konkret geplant sind.

Im Zuge von Pfarramtsübergaben ist verbindlich ein Ökocheck von Pfarr- und Gemeindehaus auf der Grundlage des „Fragenkataloges zur Schöpfungsverantwortung anlässlich von Pfarramtsübergaben in der Evang.-Luth. Kirche Thüringens“ vorzunehmen und zu dokumentieren. Die Erfassung und Auswertung der baurelevanten Daten erfolgt im Baureferat (Klimamanager) und wird in der mittelfristigen Bauplanung genutzt sowie den Baupflegerinnen zur Verfügung gestellt. Für den Bau nicht relevante Daten und Anmerkungen des Fragebogens werden (bei vorliegendem Einverständnis der Gemeinden) im Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum der EKM ausgewertet. Sie stehen den Mitarbeitenden der kirchlichen Umweltarbeit (Umweltberatung, Umweltmanagement, Umweltbildung, Weiterbildung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen) zur Verfügung.

4.5 Prüfung der Einrichtung eines Eigenbetriebes zur Gewinnung erneuerbaren Energien in der EKM

Im Ausschuss wurde die Frage erörtert, ob die EKM selbst als Investor im Bereich der erneuerbaren Energien auftreten kann. Unabhängig von aktuellen politischen Turbulenzen ist dabei die Erkenntnis leitend, dass die energiepolitische Zukunft in den erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne, Wasserkraft und Biomasse liegt. Hier könnte sich ein ethisches Ziel mit einem finanziellen Nutzen für die Kirchengemeinden decken. Entsprechende Überlegungen sind von der Verfassung der EKM gedeckt. So im Artikel 2 (6).

Als einer der größten Landeigentümer und Verpächter in Sachsen-Anhalt und Thüringen besitzt die EKM bereits über 10-jährige Erfahrungen mit Betreibern von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien, hauptsächlich durch Verpachtung kirchlicher Flächen an Betreiber von Windkraftanlagen. Dabei bleibt das Risiko bei den jeweiligen Investoren, der Gewinn aber auch.

Kirchenkreise werden auch zukünftig Pfarrland bzw. Kirchenland nach bestehenden Regelungen konventionell, z. B. für Windparks oder PV-Anlagen, verpachten. Ausreichende Flächen und Potentiale werden erwartet bzw. wurden bereits teilweise identifiziert. Im Prüfauftrag sollen Chancen und Risiken eines Eigenbetriebes abgewogen, aufbereitet und juristisch bewertet werden, um der Synode zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Entscheidung vorgelegt werden zu können.

Dem Bericht ist in der Schriftfassung eine Anlage zur Einrichtung eines Eigenbetriebes beigefügt, die gemeinsam mit der Grundstücksabteilung erarbeitet wurde.

5. Prüfaufträge

Die Hohe Synode möge die folgenden Gegenstände in die Ausschüsse und die Fach- und Verwaltungsberatung des LKA überweisen mit dem Ziel, durch den Ausschuss zur nächsten Synode ausreichend beraten, ggf. mit Kriterien versehene und auf finanzielle Auswirkungen geprüfte Einzelanträge zur Entscheidung vorzulegen.

5.1 Einrichtung einer dreijährigen Projektstelle im Baureferat zur Förderung Co2-mindernden Bauens und zur Einwerbung von Fördermitteln sowie zur Aufbereitung der klimarelevanten Baudaten durch die Abfrage über das Pfarrstellenübergabeverfahren und in je einem Musterkirchenkreis im Bereich Nord und Süd der EKM.

5.2 Erstellen eines Kriterienkataloges zur vorrangigen Förderung von Bauvorhaben aus den Baulastfonds der KK oder vergleichbarer Förderinstrumente, verbunden mit dem Ziel einer gesondert ausgewiesenen Quote für klimarelevantes und ökologisches Bauen. Vorschlag für die Höhe der Quote: 25 %.

5.3 Bereitstellung von vier Summen a 250.000 € p. a., beginnend ab HHJ 2012, insgesamt 1 Mio. €, für herausragende Co2-mindernde und ökologische Bauvorhaben in der EKM, sowie Erarbeitung der notwendigen Vergaberichtlinien sowie des Vergabegremiums. Vorzugsweise sollte kein neues Gremium errichtet werden.

5.4 Prüfung der Einführung des „Fragenkataloges zur Klima- und Schöpfungsverantwortung“ anlässlich von Pfarramtsübergaben in der Evang.-Luth. Kirche Thüringens“ im Rahmen der Pfarramtsübergaben der EKM zur Implementierung relevanter und systematischer Daten und zur Hebung der Sensibilität für Klima- und Umweltfragen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Kirchenvorständen,

5.5 Anhebung des Stellenanteils für Umweltmanagement der EKM beim LKA von derzeit 0.25 VBE auf 0.5 VBE.

5.6 Zur Verpachtung von Land der EKM möge die Synode folgende Prüfaufträge beschließen:

5.6.1 Erhöhung der üblichen Pachtzeitdauer auf 12 Jahre mit Preisanpassungsklausel

5.6.2 Erhöhung der Gewichtung „weicher“ Pachtvergabeverfahren (wie soziale, ökologische und ethische Fragen) durch geeignete Mittel

5.7 Die Landessynode möge beschließen:

Die Landessynode bittet den Landeskirchenrat zu prüfen, ob die EKM auf kirchlichen Gebäuden und kirchlichen Grundstücken in ihrem Verantwortungsbereich eigene Investitionen in erneuerbare Energien vornehmen kann. Die Prüfung soll so erfolgen, dass die Frühjahrssynode 2011 einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

6. Weiterarbeit des Ausschusses:

Im neuen Jahr werden wir uns verstärkt mit dem Konziliaren Prozess auseinandersetzen. Dies verstehen wir als Teil unseres Auftrages durch die Synode, in dem es heißt, dass der Ausschuss „Fragen globaler und sozialer Gerechtigkeit berücksichtigen soll“. Zudem gab es diesbezüglich zwei Anträge, die vom Präsidium unserer Synode dem Ausschuss zur Bearbeitung überwiesen wurden.

Die Kampagne Klimawandel-Lebenswandel werden wir inhaltlich begleiten.

Nach dem Ende und der Auswertung der Klimakampagne werden wir den Antrag von Br. Pi-ontek bearbeiten, in dem er darum bittet, dass die Themen der Klimakampagne zum Schwerpunktthema einer Synodentagung werden. Dazu wird der Ausschuss 2012 eine Vorlage machen.

Ich danke den beiden Einbringern für ihre Teilberichte und ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Uns allen eine gesegnete restliche Synodaltagung!

Kloster Drübeck, 18. November 2010

Im Namen des Ausschusses

Judith Königsdörfer, Vorsitzende